

GDL kündigt erneut Bahnstreik an, Inflation bei fast 4 Prozent, Sozialwohnungen bleiben Mangelware

GDL kündigt erneut Bahnstreik an

Erneut müssen Bahnreisende wegen Streiks der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bei der Deutschen Bahn mit Zugausfällen und Verspätungen rechnen. GDL-Chef Claus Weselsky kündigte im laufenden Tarifstreit mit der Bahn den dritten und längsten Streik ab 2. September um 2.00 Uhr an. Dieser werde bis zum 7. September 2021 dauern und den Personenverkehr betreffen, erklärte er am Montag in Frankfurt am Main. Ein unbefristeter Streik stehe hingegen nicht zur Debatte. Die GDL fordert Lohnerhöhungen von 3,2 Prozent sowie eine Coronaprämie von 600 Euro und bessere Arbeitsbedingungen. ([Spiegel Online](#))

Inflation bei fast 4 Prozent

Auf den höchsten Stand seit fast 29 Jahren ist die Inflation in Deutschland geklettert. Waren und Dienstleistungen waren im August durchschnittlich 3,9 Prozent teurer als im Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt am Montag (30.08.2021) zu seiner ersten Schätzung mitteilte. Einen stärkeren Preisauftrieb gab es zuletzt in der Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung – im Dezember 1993 mit damals 4,3 Prozent. Angeheizt wird die Teuerung seit Monaten von steigenden Energiepreisen. In den kommenden Monaten dürfte die Inflationsrate Richtung 5 Prozent anziehen und erst 2022 wieder merklich nachgeben. ([Manager Magazin](#))

Sozialwohnungen bleiben Mangelware

In den kommenden Jahren ist ungeachtet aller

Wohnungsbauoffensiven von Bund und Ländern kein Ende des Mangels günstiger Sozialwohnungen in Sicht. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft (GdW) fordert deswegen eine Vervielfachung der staatlichen Investitionen. Derzeit sind beim Bund bis 2024 eine Milliarde Euro pro Jahr für die Wohnraumförderung eingeplant und eine weitere für den Wohnungsbau gedachte Klimaschutz-Milliarde in 2022, wie es im Bundesinnenministerium heißt. 1990 gab es in Deutschland noch etwa drei Millionen Sozialwohnungen, Ende 2020 nur noch 1,1 Millionen. Nach GdW-Schätzung wäre in vier Jahren der Bau von 320.000 neuen Sozialwohnungen notwendig. ([Berliner Zeitung](#))